

fessionellen Oppositionspartei, die ihre Arbeit auf Madagaskar erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht hätte.

Grundsätzlich versucht die katholische Kirche, die immer noch größtenteils von ausländischen Missionaren geführt wird, Konfrontationen mit der Regierung aus dem Wege zu gehen. Andererseits will sie sich aber auch nicht das Recht nehmen lassen, ihre Gläubigen auf ihre Pflichten als Staatsbürger und Christen in Madagaskar hinzuweisen. Es ist daher nicht immer leicht für die Kirche, im Hinblick auf ihre eigenen Interessen und Ziele zwischen kluger Zurückhaltung und notwendigem Engagement, selbst unter Gefährdung ihrer Position, abzuwägen. Im Zusammenhang mit der Affäre Roy—Rakotonirina, eines angeblich maoistischen Komplotts zur Unterstützung der MONIMA, konnte sie nicht verhindern, daß eine ganze Reihe prominenter Katholiken der Verschwörung gegen die Staatsgewalt bezichtigt und verhaftet wurde. Unter ihnen befanden sich *P. R. Ralibera*, Direktor des katholischen Kirchenfunks bei Radio Madagaskar und Chefredakteur der katholischen Zeitung „Lakroa“, außerdem *O. Rafenoarisoa*, Direktor des Zentrums für Sozialarbeit der Erzdiözese Tananarive, zwei Universitätsprofessoren und mehrere führende Mitglieder der „Hery Malagasy“ (Force Malgache), einer vorwiegend politisch ausgerichteten Laienorganisation.

Viele Katholiken werfen der Regierung vor, sie habe durch diese Einschüchterungsmaßnahmen alle kritischen Stimmen innerhalb der Kirche zum Schweigen bringen wollen. Selbst wenn nur einzelne Katholiken gegen die Staatsgewalt opponieren, wird dies in jedem Falle der Kirchenführung zur Last gelegt. Derartige Angriffe auf die Hierarchie führten im Laufe der Jahre zu einer merklichen Abkühlung der anfangs guten Beziehungen zwischen Kirche und Staat. Während die Regierung der Kirche zu große politische Aktivität vorwirft, steht ein Teil der madegassischen Laien auf dem Standpunkt, daß die Nichteinmischungspolitik der offiziellen Kirche diese zur Immobilität und Schwachheit verurteile. Aus Unzufriedenheit über diese Lage schlossen sich katholischen Christen vor Jahren in der oben erwähnten Hery Malagasy zusammen, der kein Angehöriger des Klerus beitreten darf, da man von ihm nach Ansicht der Mitglieder dieser Organisation keine mutige und entschlossene Teilnahme in dringenden politischen und sozialen Reformen erwarten kann — eine Erfahrung, die man schon in der R.C.M. gemacht haben wollte. Obwohl es sich bei der HEMA um eine nichtpolitische Organisation handelt, sind ihre Ziele und Aktivitä-

ten dennoch auf Teilnahme am politischen Leben in Madagaskar ausgerichtet. Statistisch ist die HEMA noch nie erfaßt worden. An die Stelle der Aktivierung großer Bevölkerungsteile ist von 1970 an die Kaderbildung getreten. Inwieweit sich der Einfluß der Kirchen, der sich seit der Schaffung ökumenischer Gremien vergrößert hat, auf die Zukunft des Landes auswirkt, bleibt abzuwarten. Immerhin stellen sie in Madagaskar eine Kraft dar, die von der Regierung respektiert, wenn nicht in manchen Fällen sogar gefürchtet wird.

Die katholische Kirche hat sich bisher keineswegs gescheut, politische und soziale Mißstände in Madagaskar offen anzuprangern. Anlässlich des 5. Jahrestages der Enzyklika „Populorum Progressio“ und ein Jahr nach der Bauernrevolte in Tulear gaben die Bischöfe Madagaskars in einem Hirtenschreiben im März 1972 (Wortlaut in: *La Documentation Catholique*, 18. 6. 72) ihrem Mißfallen über die Verschleierung bedrohlicher sozialer und wirtschaftlicher Probleme auf der Insel Ausdruck. Nachträglich muß dieses Schreiben als eine fast prophetische Voraussage der Ereignisse der letzten Wochen angesehen werden. Für die Weigerung, die großen Probleme des Landes mit allen ihnen zur Verfügung stehenden staatlichen Mitteln zu lösen, machen die Bischöfe nicht nur ausländische „Ausbeuter“ und „Unruhestifter“ verantwortlich. Schuld an Ungerechtigkeit, Wucher, Korruption und Verantwortungslosigkeit hat ihrer Meinung nach vor allem eine ungebührliche reiche Minderheit (zu der auch ein Teil der in Madagaskar ansässigen Ausländer zu zählen ist), die sich ihren Wohlstand in vielen Fällen durch verbrecherische Maßnahmen bewahrt und ihn noch vergrößert.

Außerdem würden die Massenmedien dazu benutzt, ein blühendes und starkes Madagaskar vorzugaukeln, ein Bild, das der Wirklichkeit auf dem Lande wenig entspreche. Dadurch würden Presse und andere Kommunikationsmittel unglaubwürdig, obwohl gerade durch sie ein wesentlicher Beitrag zur Entwicklung des Landes geleistet werden sollte. Weiterhin machte sich die Kirche die Forderung nach einer Verbesserung des Schulsystems zu eigen. Um die allgemeine Resignation im Lande zu bekämpfen, von der vor allem die Jugendlichen betroffen sind, forderten die Bischöfe ihre Gläubigen auf, in ihren Familien, an ihren Arbeitsplätzen, in Vereinigungen und politischen Gremien eine friedliche, aber dennoch dynamische Entwicklung für ein gerechteres und lohnenderes Leben auf Madagaskar in Gang zu bringen.

Sonderberichterstattung Synode (XIII)

Diskussion auf begrenztem Spielraum

Zu den sog. Vorpapieren für die DDR-Synode

Die Diskussion der „Vorpapiere“ der DDR-Synode ist mit deren Veröffentlichung im März d. J. voll im Gange. Die Gemeinden und Gruppen sind seit Monaten dabei, das umfangreiche Material kritisch zu prüfen und Änderungen oder Ergänzungen zu den von den sieben Arbeitsgruppen vorgelegten Texten anzubringen. Dabei stellt

der zuvor von den Experten erarbeitete Themenkatalog die Grundlage für die gesamte Synodenarbeit dar. Die an die Arbeitsgruppen der Synode herangetragenen 3000 verschiedenen Sachanliegen von der „gesellschaftsbezogenen“ Verkündigung bis zum Zölibat wurden darin zusammengefaßt und geordnet.

Ein Blick auf die mehr als 100 eng beschriebenen DIN-A 4-Seiten zeigt, daß den Katholiken in der DDR eine ungeheure intellektuelle und auch technische Fleißarbeit abverlangt wird. Ist die bundesdeutsche Synode, wie sich inzwischen herausgestellt hat, zu einer Angelegenheit der unmittelbar Beteiligten, seien sie nun Kleriker oder Laien, geworden, so verfolgte die mitteldeutsche Synode von Anfang an einen anderen Weg, nämlich die Einbeziehung der Basis bei dem Bemühen, die Aussagen und Forderungen des Zweiten Vatikanischen Konzils für die Kirche in der DDR fruchtbar zu machen. Wie der Leiter der Zentralen Arbeitsstelle und Sekretär der Synode, der Dresdner Pfarrer *D. Grande*, bekanntgab, haben 146 000 Katholiken an den Vorschlägen mitgearbeitet. Bis zum Schlußtermin für die Einsendungen Ende 1971 waren insgesamt 11 906 Fragekarten mit Vorschlägen eingegangen, davon 6 945 Anträge von Gruppen und 4 961 von Einzelpersonen.

Man kann diese Ziffern — bezogen auf die Gesamtzahl der mitteldeutschen Katholiken, nämlich insgesamt 1,3 Millionen — dennoch bescheiden finden, und kritische Stimmen in der DDR haben das auch bereits ausgesprochen. Ein Vergleich mit der Fragebogenaktion der Würzburger Synode zeigt, daß die Rücklaufquote — rund 4,5 Millionen von 21 Millionen versandten Fragebogen (Gesamtzahl der Katholiken 28 Millionen) gingen beim Sekretariat ein — dort zwar prozentual höher war; dabei ist aber sowohl die bequemere Methode des Ankreuzens von Themen und Fragen als auch das generell flüssiger funktionierende Informationssystem in der Bundesrepublik zu berücksichtigen.

Man darf nun neugierig sein auf die *diözesanen Pastoral-kongresse*, die der für März 1973 vorgesehenen Synodenvollversammlung vorgeschaltet sind. Sie finden in allen Jurisdiktionsbezirken in diesem Herbst statt. Berlin hat seine Termine schon bekanntgemacht: An drei Wochenenden im September, Oktober und November werden sich etwa 120 Delegierte, ausgewählt aus den Kreiskatholiken-Ausschüssen und regionalen Priesterkonferenzen, versammeln, ihre Synodalen wählen und die Ergebnisse der Beratung der Vorpapiere in Gemeinden und Dekanaten zu einem Vorschlag des „Jurisdiktionsbezirks“ zusammenfassen. Dieser wird dann in Dresden die Grundlage für die Beratung der konstituierenden Sitzung der Pastoral-synode sein.

Was enthalten die „Vorpapiere“ im einzelnen? Thematisch orientieren sie sich an den sieben Sachbereichen, die von den Bischöfen in der DDR bereits im Frühjahr 1971 in einem Hirtenbrief zur Synode festgelegt worden waren: 1. Verkündigung des Glaubens und Glaubensvollzug, 2. Gebet und gottesdienstliches Leben, 3. Ehe und Familie, 4. Diakonie und Gemeinde, 5. Apostolat und Sendung für die Welt, 6. Ordnungen und Dienste, 7. Fragen der Ökumene. Jedem „Vorpapier“ ist ein Vorwort beigegeben, das auf die entsprechenden Aussagen des Zweiten Vatikanums Bezug nimmt und „Gedanken zur Situation“ enthält. Aus der Masse der Themenvorschläge hat die jeweilige Arbeitsgruppe am Schluß des Papiers diejenigen zusammengestellt, die sie für eine Behandlung auf der Synode geeignet hält. Ein für die Pfarrgemeinden und Gruppen beigefügter Frageraster gibt diesen Gelegenheit, ihr Votum mit Begründung und Abstimmungsergebnis zu fixieren und an die zuständigen Stellen der Synode weiterzuleiten.

Verkündigung und Information

„*Vorpapier 1*“ stellt beispielsweise fest, daß die Verkündigung „nicht genügend die Fragen unserer Zeit und des konkreten Ortes aufnimmt“. Sie habe „die gesellschaftlichen Realitäten der Hörer“ zu berücksichtigen. In einer von Technik und Leistung beherrschten Umwelt sei die Betonung personaler Werte wichtig. Für die Praxis der Predigt wird die „Mitbestimmung bei der Verkündigungsthematik“ verlangt. Nicht wenige fordern auch die Laienpredigt. Die „Glaubwürdigkeit“ jeder Verkündigung ist ein ständig wiederkehrendes Problem. Das Papier erwähnt ferner die Forderung nach mehr Freiheit für den Verkündiger und für „kontroverse Positionen“. Man plädiert freilich für die Beibehaltung der „normalen Form der Predigt“. Erfahrungen mit der „Dialogpredigt“ werden als „überwiegend mäßig“ bezeichnet. Auf dem Gebiet der Katechese werde die Erfolglosigkeit der Verkündigung besonders deutlich, heißt es. Ihr Schulcharakter sei „zugunsten einer lebensnahen, alle Kräfte aktivierenden Einübung des Glaubens“ aufzugeben. Manche sind für eine überkonfessionelle Vorfeld-Katechese.

Die Synode wird aufgefordert, sich um eine Intensivierung der *Information in der Kirche* zu bemühen. Wörtlich heißt es: „Es soll umfassend informiert werden über alle Bereiche des kirchlichen Lebens.“ Gewünscht wird u. a. eine „bessere Ausnutzung der gegebenen Möglichkeiten“ sowie die Gründung eines kirchlichen Informationszentrums und Informationsdienstes. Wer die Situation in der DDR auf diesem Gebiet kennt und um die starken Reserven weiß, die gerade der Vorsitzende der Berliner Ordinarienkonferenz gegenüber Presse- und Informationsfragen hegt, der kann ermessen, wie stark der Reformwille innerhalb der Kirche in der DDR in den letzten Jahren gewachsen sein muß. Unter dem Stichwort „Kirchliche Presseerzeugnisse“ stellt das „Vorpapier“ eine „Erweiterung des Angebots“ zur Diskussion. Die zuständigen Stellen sollen sich um Genehmigung neuer Zeitschriften und Periodica, um Informationsorgane und Erhöhung der Auflagen bemühen. Hier werden Fragen angeschnitten, die nur in einer gewissen Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen zu lösen sind. Dazu würde auch das heikle Problem gehören, „die Rundfunkarbeit auch auf das Programm des Deutschen Fernsehens auszudehnen“, Sendezeiten zu beantragen und die „Möglichkeit kritischer Stellung- und Einflußnahme“ zu prüfen.

In Anbetracht dieses Themenkataloges dürfte kaum jemand den Moderatoren der „Vorpapiere“ verübeln, daß sie eine Eingabe mit dem Verlangen „es sollte mehr über die Engel gepredigt werden“ unter die „Selbstverständlichkeiten und Belanglosigkeiten“ eingereiht haben.

Gottesdienst, Familie, Gemeinde

„*Vorpapier 2 — Gebet und gottesdienstliches Leben*“ weist besonders viele Parallelen zu den auch auf der Würzburger Synode diskutierten Fragen auf. Als Abweichung fällt allerdings die Sorge um die christlichen Feiertage ins Auge, die vom sozialistisch-atheistischen Staat ignoriert bzw. applaniert werden. „Im Gottesdienst soll auch die Verbundenheit mit den Menschen in unserer Gesellschaft glaubhaft gemacht werden“, so hebt das Papier hervor. Gleichzeitig wird vor „Nur-Mitmenschlichkeit ohne Besinnung vor Gott“ gewarnt. Gebet, Medi-

tation, neue Formen der Aszese — solche Forderungen zeigen deutlich eine Gegenbewegung gegen Vermassung, gegen ein Zuviel an Organisation und Betriebsamkeit innerhalb der Kirche an. Manche Einsender — es ist natürlich nicht erkennbar, woher die Vorschläge kommen — empfehlen Neubelebung des Marienkultes und der Heiligen-Verehrung. Die Eucharistiefeier soll „begreiflicher, lebensnäher und familiärer“ gestaltet werden. Auch der Wunsch nach größerer Vielfalt der Gottesdienstformen kommt zum Ausdruck. Die immer wieder anklingende Forderung, Laien stärker an den kultischen Handlungen, Kommuniongang, Beerdigung, Wortgottesdienstfeier usw. zu beteiligen, dürfte sich nicht zuletzt aus der Diaspora-Situation mit ihren weiten geographischen Entfernungen und zugleich aus dem spürbarer werdenden Priestermangel ergeben.

Bußerziehung, die Frage nach der Einzelbeichte, Andachten und ihre Wiederbelebung, das Problem der Handkommunion, das Sonntagsgebot, kirchliche Feiertage in ihrer Beziehung zu „bürgerlichen“ Feiertagen, Wallfahrten und Prozessionen — das alles soll neu überdacht werden, weil „hinsichtlich der christlichen Lebensführung viel Unsicherheit darüber besteht, wie man sich als Christ heute gut und recht verhält“.

Großes Interesse finden offenbar *Fragen über Ehe und Familie*, mit denen sich das „Vorpapier 3“ beschäftigt. Die Situation von Ehe und Familie in der modernen sozialistischen Umwelt sei dadurch gekennzeichnet, so wird im Vorwort gesagt, „daß einerseits durch Verfassung und Familiengesetzbuch die Würde und die grundlegenden Rechte von Ehe und Familie gewahrt und besonders geschützt werden, daß aber andererseits gerade die christliche Familie sowohl hinsichtlich ihres Selbstverständnisses als auch der christlichen Erziehung der Kinder großen Belastungen ausgesetzt ist“.

Unter den Eingaben und Ergänzungen der Fachgruppe ist z. B. das Thema Sexualerziehung ebenso wie der vorhehliche Geschlechtsverkehr, die verantwortete Elternschaft und — präzisierend — die Forderung nach Zustimmung der Kirche zu „verantworteten Formen der Geburtenregelung“. Besonders brisant dürfte das auch auf die Tagesordnung der Synode gesetzte Problem des Schwangerschaftsabbruches sein, nachdem dieser für jede Frau in der DDR in den ersten drei Monaten nach der Empfängnis gesetzlich freigegeben wurde.

Ein weiterer Themenkreis umschließt alle Fragen, die mit der Unauflöslichkeit der Ehe, mit Scheidung und Wiederheirat zusammenhängen. Da verlangen Einsender pastorale Hilfen für gescheiterte Ehen, Zulassung Geschiedener und Wiederverheirateter zu den Sakramenten. Auch evangelische Partner sollen zur Eucharistie zugelassen werden. „Pastorale Sorge um Ehen zwischen Christen und Atheisten“ steht auch auf der Tagesordnung. Abgelehnt hat die Fachgruppe eine Erörterung der christlichen Haltung zur Freikörperkultur und eines kirchlichen Erlasses gegen „das Tragen von Miniröcken.“ Begründung: Kein Synodenthema.

Das Thema der *Fachgruppe 4 „Diakonie und Gemeinde“* weist vielleicht die augenfälligsten Parallelen zu kirchlichen Problemstellungen in der Bundesrepublik auf: Gefordert wird hier vor allem einem wirksamere Caritasarbeit. Not zu sehen und mit möglichst angemessenen Mitteln zu helfen, halten die Autoren des Papiers für eine

der dringlichsten Gegenwartsaufgaben der Kirche. Die Gemeindecaritas scheint „im Klima der Nachkriegszeit steckengeblieben“ zu sein. Im innerkirchlichen Raum bringen ihr offenbar nicht wenige Skepsis entgegen. Das jedenfalls geht aus der Situationsanalyse hervor. Im einzelnen sind die Fragenkomplexe die gleichen wie andersorts: Hilfe für Alte, Kranke, Debile, für Kinder, kinderreiche Mütter usw. Besonders die Gemeinde gilt als gefordert durch das Caritasgebot. Die Diaspora, die zu Einfachheit und Armut zwingt, wird als Chance verstanden. „Die Kirche soll Einladung und Hinweis für Freiheit sein“, liest man unter dem Stichwort „Pfarrliche Seelsorge“. Auch die überpfarrliche Seelsorge soll intensiviert werden. Personal- und Funktionalgemeinden dürften in Zukunft die territoriale Gliederung ergänzen.

In der kirchlichen Verwaltung sollen mehr als bisher Laien eingesetzt werden, um die Priester zu entlasten und „geschulteren Kräften die Arbeit zu überlassen.“ Man trifft in diesem Papier auch auf das Verlangen nach einer kirchlichen Verwaltungsgerichtsbarkeit. Hinter der Forderung nach Überprüfung der Grenzen der Bistümer, Dekanate und Pfarreien müssen nicht unbedingt politische Absichten stehen. Anders verhält es sich zweifellos mit der verlangten Trennung von BRD-Bistümern“. Lakonische Antwort der Fachgruppe war: „Aufgabe des Hl. Stuhles“.

Apostolat und Weltdienst

Unmittelbar nach Bekanntwerden der „Vorpapiere“ Anfang März d. J. erfuhr das Papier 5 „*Apostolat und Welt-dienst*“ bei weitem das stärkste öffentliche Echo. Vermutlich war es die klare Absage an den atheistisch geprägten Weltanschauungsstaat der SED einerseits und der deutlich gewordene Versuch, die Position der Kirche in diesem Staat präziser als bisher zu umschreiben, die das Interesse der deutschen Presse hervorgerufen haben. Die Kirche sieht ihre Position in der DDR von drei Faktoren gekennzeichnet: die säkularisierte Gesellschaft, den sozialistischen Staat mit seiner Festlegung auf eine atheistische Weltanschauung und die Diasporasituation in einer überwiegend protestantischen Umwelt. Die Situationsanalyse kommt u. a. zu dem Schluß, daß viele Menschen in der DDR „ihr Leben vorwiegend auf die materielle Absicherung ihrer Existenz und auf die Steigerung des Konsums ausgerichtet haben“. Sie stünden der Kirche mit Verständnislosigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber. Immerhin findet sich in dem Papier auch die Bemerkung: „Die Christen arbeiten sachgerecht und verantwortlich am Aufbau der Gesellschaft mit.“ Angesichts von „Schwierigkeiten und Gewissensnöten“, in die viele Christen kommen, erfordert, wie dort zu lesen ist, die reale Situation von der Kirche ein realistisches Denken und eine „geistige Aufarbeitung der sozialistischen Gesellschaftslehre“.

Als missionarische Wege der Pastoral empfiehlt das „Vorpapier 5“ u. a. das Zeugnis der Kirche durch Einfachheit des Lebens. „Ehrentitel, weltfremde Gewandung, teure Dienstwagen sollen abgeschafft werden.“ Die Kirche habe „auf der Seite der Unterdrückten zu stehen“. Als „revolutionär“ würde mancher Beobachter der kirchlichen Landschaft in Mitteldeutschland gewiß die These empfinden, wonach die Kirche Verantwortung für „die Nichtglaubenden in unserem Raum“ habe. Keineswegs selbstverständlich ist auch die Forderung nach „Ermutigung und Befähigung zum Dialog mit Andersdenkenden, auch mit

Marxisten“. Die gegenwärtige Praxis der katholischen Kirche in der DDR sieht anders aus. Man wird schwerlich einen Appell oder auch nur eine Ermutigung zu derlei Dialog z. B. in Predigten der Hierarchie hören.

Gespannt haben viele Beobachter innerhalb und außerhalb der DDR darauf gewartet, wie wohl die Kirche ihr aktuelles und zukünftiges Verhältnis zum sozialistischen Staat definieren werde, nachdem von dieser Seite seit langem eine verbale und publizistische Pression zu erkennen war. Nicht wenige katholische Bürger dieses Staates sind inzwischen den Weg des Arrangements mit dem System gegangen. Es war somit zu erwarten, daß aus diesen Kreisen die Forderung nach einer positiveren Haltung der Kirche zum Staat auf die Synode zukommen würde. Die Formulierung „Es wird eine Stellungnahme der Kirche zum sozialistischen Staat der DDR erwartet, denn Tausende katholische Christen stehen in gesellschaftlicher Verantwortung“ läßt diesen Trend klar erkennen.

Die Fachgruppe formulierte freilich ungleich vorsichtiger: „Die Kirche hat in jedem Staatswesen ihren spezifischen Auftrag zu erfüllen. Dabei muß sie jede Gesellschaftsordnung als vorläufig betrachten, da sie vom Evangelium her auf die künftige endzeitliche Gemeinschaft ausgerichtet ist.“ Deutlicher wird man dann in folgender Passage: „Die Kirche kann nicht ja sagen zur weltanschaulichen Grundlage des Staates der DDR und zu jeder sich darauf ergebenden staatlichen Maßnahme.“ Weiter heißt es, die gesellschaftliche Tätigkeit sei für den Christen „nicht risikofrei“. Da „Vorpapier 5“ spricht von „Konflikt-situationen“, die den einzelnen vor Gewissensentscheidungen stellten. Die Grenze gesellschaftlicher Mitarbeit werde sicher dort überschritten, wo vom Christen gefordert werde, das verantwortliche, sachgerechte Handeln aufzugeben und gegen sein Gewissen zu handeln. Man versteht also nicht so manche Aufregung gewisser, vornehmlich in der Ost-CDU beheimateter katholischer Kreise über derartige Abgrenzungen, die doch in ihrer Allgemeinverbindlichkeit überall, wo Kirche ist, Gültigkeit haben oder zumindest haben sollten.

Kaum eine Feststellung der Synoden-Vorpapiere hat Presseschlagzeilen gemacht wie diese: „Von der christlichen Grundeinstellung her verbietet sich eine Mitgliedschaft in der SED, selbst wenn daraus unter Umständen ein Verzicht auf das weitere berufliche Fortkommen resultiert.“ Nun, die SED und ihr ideologisches Gefolge haben gewiß nicht annehmen können, daß die katholische Kirche die Partei Marx', Lenins und Erich Honeckers ihren Gläubigen empfiehlt.

Die „Jugendweihe“, seit nunmehr anderthalb Jahrzehnten ein Kristallisationspunkt der gespannten Staat-Kirche-Beziehungen, steht zahlenmäßig an erster Stelle der Eingaben zur Synode. Gefordert wird „ein klärendes Wort, ein Neuüberdenken der Stellung zur Jugendweihe seitens der Bischöfe.“ Von vielen Einsendern wird die Frage des „Weihecharakters“ dieser umstrittenen sozialistischen Kulthandlung angeschnitten. Es sei das entscheidende Kriterium, ob die heutige Form der Jugendweihe noch atheistischen Charakter trägt, so äußert die Fachgruppe. Aber die Antwort auf diese Frage haben die mitteldeutschen Bischöfe bereits in einer pastoralen Erklärung in diesem Frühjahr gegeben, in der die Abgrenzung zur Jugendweihe für katholische Christen wieder schärfer definiert wurde (vgl. HK, Juni 1972, 268).

Viel Beachtung hat auch die Entschlossenheit der Kirche gefunden, auf der Synode u. a. auch für die Wehrdienstverweigerer öffentlich einzutreten. Das ergibt sich zwangsläufig aus dem kirchlichen Bekenntnis zu Frieden und jeglichem Friedensdienst. Sogar ein Friedensforschungsinstitut der Kirche kam ins Gespräch.

Kirchliche Dienste

Sehr umfangreich ist das „Vorpapier 6 — Ordnungen und Dienste“ ausgefallen. Es kann nicht verwundern, daß zum Problem des Priesteramts nicht nur die Spiritualität, sondern auch der priesterliche Zölibat diskutiert werden dürfte. Bemerkenswerterweise wurde aber die Kernfrage von der Fachgruppe unter Hinweis auf die Beschlüsse der letzten römischen Bischofssynode zu diesem Thema abgewiesen. An diesem Punkt wird deutlich, daß die Synode schon vom Statut her ihre Grenzen hat: Brennende Fragen können z. T. nicht behandelt werden, weil die Weichen bereits anders gestellt sind.

Nicht ohne Spannung scheint in der DDR vielfach das Verhältnis der Priester zu ihren Bischöfen und umgekehrt zu sein, „Abbau hierarchischer Machtstrukturen“ wird gefordert sowie „sparsamer Umgang mit disziplinären Maßnahmen“. Was geschieht mit ausgeschiedenen, was mit verheirateten Priestern? Die Sorge in den Gemeinden um diese längst nicht mehr ganz kleine Gruppe scheint zu wachsen. Die Stellung der Frau in der Kirche dürfte zu einer breiten Debatte führen. Sollen Pfarrgemeinderäte beschließende Funktion haben? Welche Rolle spielt der Pfarrer in ihnen. Der Informationsfluß zwischen Bischof und Gemeinden muß verbessert werden, wie aus einer Eingabe hervorgeht. Die Mitarbeiter seien als „schöpferische und verantwortliche Partner“ anzusehen. Werden sie das fast zehn Jahre nach dem Konzilsbeginn noch immer nicht?

Überhaupt scheinen Priester- und Ordensprobleme die Katholiken der DDR enorm zu beschäftigen, es sei denn, man geht von der Annahme aus, daß die Geistlichkeit aufgrund ihrer Stellung und der gegenseitigen Information über Synodenprobleme mehr Interesse an den „Vorpapieren“ gezeigt und dabei naturgemäß die sie selbst bewegenden Fragen für vordringlich gehalten hat. Mehr als 150 verschiedene Punkte enthält dieses Papier; über 50 Vorschläge sind, wie aus dem Anhang hervorgeht, bereits von der Fachgruppe abgewiesen worden. Nicht selten heißt es dort: „Steht im Widerspruch zu moraltheologischen und kirchenrechtlichen Bestimmungen.“ Unter dieses Verdikt fällt beispielsweise die zur Diskussion gestellte „Weiterbeschäftigung ausgeschiedener Priester im priesterlichen Dienst“.

Relativ kurz präsentiert sich das „Vorpapier 7 — Ökumene“. Ein Vergleich mit der bundesdeutschen Problematik auf diesem Gebiet zeigt verblüffend viele Parallelen: Abbau von Vorurteilen, Erziehung zur Toleranz, ökumenische Gottesdienste in der Gemeinde, Kontakte von Eltern- und Familienkreisen, gemeinsame Bibelarbeit, Zusammenarbeit im caritativen Bereich, Überführung der neuen Ordnung für die konfessionsverschiedenen Ehen in die Praxis der Gemeinde. Etwas versteckt findet sich auch die Forderung: „Ermöglichung von Experimenten“, und sehr vorsichtig scheint auch der Wunsch nach der in westeuropäischen Ländern bereits heiß umkämpften Interkommunion formuliert: „Wie können die Eingaben zum Pro-

blem der offenen Kommunion und Interkommunion, die in verschiedene Richtungen gehen, beantwortet werden?“, wird in einer Einsendung gefragt.

Wie groß ist der Spielraum?

Die wieder und wieder gestellte Frage, ob die Pastoral-synode der Bistümer und Jurisdiktionsbezirke der DDR ihr Ziel erreichen, ob sie die beschworene Erneuerung der Kirche aus dem Geist des II. Vatikanums bringen werde, ist augenblicklich schwer zu beantworten. Ähnlich wie in der Bundesrepublik wurde auch im anderen Teil Deutschlands viel Papier beschrieben, an die Gemeinden weitergegeben und von dort wieder zurückgereicht. Aber von einer breiten oder gar intensiven geistigen und geistlichen Bewegung in der mitteldeutschen Kirche kann wohl nicht die Rede sein. Im Gegenteil: man beklagt auch dort, daß Pfarrversammlungen zum Thema Synode schlecht besucht werden und die Beteiligung an der Diskussion schwach ist. Die Jugend fehle vielfach, und den Alten sei die Sache zu kompliziert.

Mancher Pfarrer füllt den Frageraster selbst — „stellvertretend“ — aus. Wo die Debatte lebhaft oder gar heikel wird, weil Versammlungsteilnehmer bestimmte, von vornherein für die Tagesordnung nicht vorgesehene oder nach dem Statut der Synode gar nicht erlaubte Themen anschnitten wollen, da wird deutlich, wo dem Unternehmen *Grenzen gezogen* sind. Der freie Spielraum scheint jedenfalls so eng, daß die Synode weder von der personellen Zusammensetzung noch von dem zu diskutierenden Stoff her ein Risiko eingeht. Das Wahlsystem ist behutsam ausbalanciert. Nach dem Statut (vgl. HK, Mai 1972, 254 ff.), das der Heilige Stuhl genehmigen mußte, werden die Priester mehr als die Hälfte der insgesamt 150 Synodensitze einnehmen. Weichen werden bereits auf den diözesanen Pastorkonferenzen gestellt, so daß Überraschungen unwahrscheinlich sind. Im Gegensatz zur Würzburger Synode haben die Beschlüsse der Synode von Dresden lediglich den Charakter pastoraler Empfehlungen an die Berliner Ordinarienkonferenz bzw. an deren Mitglieder als Ortsordinarien der einzelnen Jurisdiktionsbezirke. Aber auch eine Empfehlung kann als Beschluß der Vollversammlung nicht ausgesprochen werden, wenn „die Ordinarienkonferenz oder ein Ortsordinarius aus Gründen der verbindlichen Glaubens- und Sittenlehre oder aus pastoraler Gesamtverantwortung Einspruch erheben“.

Stimmen der Kritik

Kritik an der Synodenvorbereitung kommt vor allem aus zwei Richtungen: Erstens aus katholischen Kreisen der

Ost-CDU, vor allem aus der Redaktion der Ostberliner katholischen Monatsschrift „begegnung“; zweitens aus studentischen und Akademikergruppen, die vor allem in dem vor einigen Jahren ins Leben gerufenen „Aktionskreis Halle“ (AKH) ihren Kristallisationspunkt gefunden haben. Gipfelt die Kritik der „begegnungs“-Katholiken vornehmlich in dem ständig wiederholten Vorwurf, die Synode weiche den entscheidenden Aussagen über die aktuelle Stellung der katholischen Kirche und der einzelnen Christen im sozialistischen Staat aus, so bemängelt der AKH, daß es der Synode an Mut zum Dialog fehle. Es würden nicht alle Gläubigen in das Gespräch einbezogen. Abweichende Meinungen würden unterdrückt bzw. als Ungehorsam disqualifiziert. Wichtiger als Mehrheitsbeschlüsse auf der Synode sei der „Konsens aller Gemeinden und Gruppen mit der Synode“.

In diesem Kreis nennt man die Situationsanalysen der „Vorpapiere“ dürftig. Die Zeit sei schlecht genutzt worden, heißt es. Den Verantwortlichen wird Manipulation bei der Themenauswahl und Unwahrhaftigkeit vorgeworfen. Z. B. würden Finanzierungsfragen von der Synode ausdrücklich ausgeklammert. Doch räumen die führenden Mitglieder des Hallenser Kreises, Priester und Laien, ein, daß die Synode einen „begrenzten Raum der Aussprache“ schafft, und zwar vor einer „begrenzten kirchlichen Öffentlichkeit“.

Demgegenüber *setzt die Ost-CDU die Synode unter einen immer stärkeren psychologischen Druck*. Es vergeht kaum eine repräsentative Veranstaltung dieser von der SED für die Erziehungs- und Propagandaarbeit unter den Christen in der DDR ins Feld geschickten Partei, bei der die katholischen Bischöfe nicht gemahnt werden, endlich ihre, wie es kürzlich hieß, „Überwinterungspläne“ aufzugeben und ein klares Ja zum Sozialismus zu sprechen. Man setzt in diesen Kreisen offensichtlich auf den wenn auch begrenzten Öffentlichkeitscharakter der Synode und möchte sie zu einer staats- und systemfreundlicheren Haltung bringen, als sie die Hierarchie in der Vergangenheit praktiziert hat. Eine von der Arbeitsgruppe „Christliche Kreise“ der Nationalen Front jetzt gestartete *Unterschriftenaktion* bestätigt diese Entwicklung. In Rundschreiben an die Geistlichen haben die Bischöfe schon eine entsprechende Warnung ausgesprochen. Sollte der Freiheitsspielraum der Synode ernsthaft durch solche oder andere Aktionen gefährdet sein, dann dürften sich ihre Initiatoren, besonders der Synoden-Vorsitzende, Kardinal *Bengsch*, jener päpstlichen Weisung erinnern, die zu Beginn aller Überlegungen die Veranstaltung an die Bedingung geknüpft hat, daß sie „in ihrer Zusammensetzung, ihrem Wahlverfahren und ihrem Ablauf“ frei bleibt von jeder fremden Beeinflussung.

Die erste Arbeitssitzung der Synode Würzburg (III)

Diskussion über Strukturfragen

Strukturfragen waren auf der ersten Arbeitssitzung der Gemeinsamen Synode in Würzburg neben dem Komplex *Sakramentenpastoral* mit den Vorlagen über Taufe und Buße (vgl. HK, Juli 1972, 354 ff.) zweifellos der wichtigste Diskussionsgegenstand. In Strukturfragen sind auch am ehesten konkrete Entscheidungen zu erwarten, da in

diesem Bereich theologische Grundsatzfragen (z. B. Amts- und Kirchenbegriff) zwar berührt werden, aber kein auf-schiebendes Hindernis wie bei anderen Themen darstellen (man denke z. B. an die Ehe- und Bußpastoral). Sie haben auch dann Aussicht auf Verwirklichung, wenn der größere Teil der Vorlagen noch gründlich überarbeitet und dieser